Frau Jutta Cordt
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstr. 210
90461 Nürnberg

München, 14.3.2017

Dringende Anfrage: Drastische Zunahme von Ablehnungen von Asylanträgen durch das BAMF
Ihre Antwort vom 1.3.17 auf meinen Brief vom 21.2. an Frau Cordt

Sehr geehrte Frau Corinne Borjon-Krake,
sehr geehrte Frau Cordt,

herzlichen Dank für die Beantwortung des Briefs, den ich als ehrenamtliche Flüchtlingshelferin am 21.2. an Frau Cordt geschrieben hatte. Ich möchte Sie ausdrücklich darum bitten, dieses Schreiben an Frau Cordt persönlich weiterzuleiten.

Ihr Antwortbrief vom 1.3.17 weist auf geradezu paradiesische Zustände beim Bamf hin, die nun durch ein neues Konzept der Qualitätssicherung sogar noch verbessert werden sollen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn dem so wäre, und hoffe in der Tat, dass es zu Verbesserungen kommen wird. Was den aktuellen Zustand betrifft, habe ich aber inzwischen so viele weitere Einzelheiten über die Arbeit des Bamf erfahren, dass ich Ihre Ausführungen mit großer Skepsis entgegennehme.

Zudem sind Sie mit keinem Wort auf mein Hauptanliegen eingegangen, das ich hiermit nochmals wiederhole:

Ich habe Grund zu der Annahme, dass Anhörer wie Entscheider des BAMF unter Druck gesetzt werden, um den „politischen Willen“ der Bundesregierung zu erfüllen.

Ich habe folglich Grund zu der Annahme, dass die Bescheide des BAMF nicht die Schutzbedürftigkeit des Einzelnen berücksichtigen und eine verantwortungsvolle Prüfung der Asylgründe nicht stattfindet, sondern willkürlich Ablehnungen ohne Ansehen der Person erteilt werden.

Sollte dies der Wahrheit entsprechen, so halte ich das für einen erschütternden Umstand, der uns alle mit tiefer Besorgnis erfüllen muss. Ich gehe davon aus, dass hier Zahlen künstlich in die Höhe getrieben werden, um Abschiebungen nach Afghanistan und Schikanen gegen Flüchtlinge legitimieren zu können.

Ich verweise hier nochmals auf den hervorragenden Artikel aus der Zeit vom November 2016:
http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/afghanistan-bamf-asyl-abschiebung-gefahr-innenministerium

Ein aktueller Artikel in „Spiegel online“ weist auf den Umstand hin, dass die Arbeit Ihrer Behörde in zunehmendem Maße von der Aktion „Rettet die Kanzlerschaft von Merkel“ bestimmt wird:

http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-mitarbeiter-klagen-ueber-druck-und-ueberlastung-a-1136197.html

Meine persönlichen Erfahrungen bei Gesprächen mit Flüchtlingen, ehren-und hauptamtlichen Kollegen und nicht zuletzt auch Anhörern des Bamf bestätigen dies.

Überdies wurde mir ein Brief zugänglich gemacht, in dem sich der Gesamtpersonalrat Ihrer Behörde am 10. Februar 2017 an Frau Cordt gewandt hat.

Einige Zitate aus diesem Brief, der Ihnen vielleicht bekannt ist, gebe ich hier wieder: „Der Gesamtpersonalrat befürchtet darüber hinaus, dass auf diese Weise systemische Ursachen für fachliche und rechtliche Verfahrensfehler bei der Bewertung der vorgetragenen Asylgründe und der Auswertung von Erkenntnisquellen gelegt werden."

„Die in den Vorgaben geäußerten Erwartungen und zugrunde gelegten Rahmenbedingungen werden eine fehlerhafte und oberflächliche Arbeitsweise begünstigen."

In einem Begleitschreiben heißt es: „Es dreht sich nur noch um Zahlen. Der Mitarbeiter als Mensch spielt keine Rolle mehr, der Asylbewerber sowieso nicht. Die Zahlenfetischisten regieren durch - Rechtsbrüche sind vollkommen egal".

Auch bei der Ausbildung und Qualifikation Ihrer Mitarbeiterkann es nicht zum Besten stehen. So hat sich eine mir ebenfalls bekannte Ehrenamtliche kürzlich in einer Mail an das Bamf gewandt und auf fremdenfeindliche Äußerungen eines Anhörers hingewiesen.

Überdies höre ich von Fällen, in denen Flüchtlinge angeschrien, beschimpft, manipuliert und bewusst unter Stress gesetzt werden, darunter oft auch bereits traumatisierte Menschen, deren Traumata durch diese Behandlung neu hervorbrechen.

Schlechte Dolmetscher scheinen die Regel zu sein. Ebenso Dolmetscher, die nicht die Sprache des Flüchtlings sprechen. Afghanen beispielsweise haben sich sehr oft mit iranischen Dolmetschern zu begnügen, die nicht ihre Muttersprache Dari sprechen. Ich selbst habe es erlebt, dass ein Dolmetscher auch von seinen Deutschkenntnissen her eigentlich gar nicht in der Lage war, die Spitzen und Unterstellungen des Anhörers zu verstehen, mit denen dieser den Flüchtling zu verunsichern suchte.

Das Protokoll, das auf diese äußerst unbefriedigende Weise erstellt wird, ist in der Regel eine Farce. Es gibt die tatsächliche Geschichte und Situation des Geflüchteten meist nur sehr rudimentär und mangelhaft wieder und besteht zum Teil aus Textbausteinen. Dass ein Entscheider, der den Antragsteller nie gesehen hat, aufgrund dieses fragwürdigen Schriftstücks über ein Menschenleben zu entscheiden hat, halte ich für erschütternd.

Im Übrigen verwundern mich auch Ihre in Ihrem Brief dargebotenen Schilderungen zur Lage in Afghanistan sehr. Sie sprechen hier von einer „langwierigen Wiederaufbauphase", in der das Land sich derzeit befände, und Sie erklären, dass „die afghanischen Sicherheitskräfte sich weiterhin in der Lage sehen, in den meisten urbanen Zentren die Kontrolle auszuüben".

So heimelige Verhältnisse kann ich aus der überaus umfangreichen Berichterstattung zu Afghanistan leider beim besten Willen nicht ableiten.

Darf ich Ihnen hierzu das Positionspapier von Amnesty International zur Lektüre reichen: https://www.amnesty.de/downloads/positionspapier-von-amnesty-international-zu-abschiebungen-nach-afghanistan?destination=node%2F2738

Soeben ist eine neue Petition gestartet worden, die von Schülern für ihre afghanischen Mitschüler ins Leben gerufen wurde:https://www.change.org/p/stoppt-die-abschiebungen-unserer-afghanischen-mitsch%C3%BCler?source_location=petitions_share_skip.

Die von Tom Nowotny gestartete Petition, die Ihnen bereits übergeben wurde, hat inzwischen über 65.000 Unterschriften: https://www.change.org/p/bundeskanzlerin-angela-merkel-keine-abschiebungen-nach-afghanistan.

Glauben Sie wirklich, all diese Menschen irren?

Der soeben aus Kabul zurückgekehrte Sprecher für Außenpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Omid Nouripour bezeichnet die Lage dort als „dramatisch“: http://www.nouripour.de.

Da ich also die euphemistischen Schilderungen in Ihrem Brief leider nicht ernst nehmen kann, sehe ich mich gezwungen, mein neuerliches Schreiben mit einem Katalog von Forderungen zu verbinden: Lassen Sie mir bitte Informationen darüber zukommen, auf welcher Rechtsgrundlage das Bamf Bescheide erteilt.

Sorgen Sie umgehend dafür, dass jeglicher Druck auf Anhörer und Entscheider seitens der Bundesregierung zugunsten ihres „politischen Willens“ aufs Schärfste zurückgewiesen wird.
Sorgen Sie umgehend dafür, dass Willkür, Fehlurteilen, Rassismus und Schlamperei in Ihrer Behörde Einhalt geboten wird.

Sorgen Sie umgehend dafür, dass das kürzlich aktualisierte „Memorandum für faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland“ bei der Arbeit des Bamf Anwendung findet.

Sorgen Sie umgehend dafür, dass alle negativen Bescheide, die in den letzten Monaten, erteilt wurden, neu geprüft werden. Ich halte es für in höchstem Maße fragwürdig, Flüchtlingen auf eigene Kosten langwierige und komplizierte Verfahren aufzulasten, bzw. zu hoffen, dass sie der Schikane nicht standhalten und das Land „freiwillig“ verlassen.

Zeigen Sie Rückgrat und widersetzen Sie sich dem politischen Druck, den das Bundesinnenministerium offensichtlich ausübt, in der irrigen Meinung, die deutsche Öffentlichkeit still und heimlich täuschen und hinters Licht führen zu können. Nehmen Sie sich etwa ein Beispiel an den Wohlfahrtsverbänden, die nach einem Drohbrief aus dem Sozialministerium nun an die Presse gegangen sind, weil sie sich dem Druck nicht beugen wollen (www.sueddeutsche.de/bayern/asylpolitik-empoerung-ueber-sozialministerium-1.3410753).

Meine Stimme mag Ihnen als die einer Einzelperson erscheinen, die zu hören sich nicht lohnt. Ich weise Sie jedoch darauf hin, dass sie nur ein Zeichen dafür ist, dass der Widerstand in der Mitte der Gesellschaft gegen die untragbaren Verhältnisse in Ihrer Behörde wächst. Es sind dies Entwicklungen, die Zweifel hervorrufen müssen, ob wir noch in einem demokratischen Land leben.

Ihrer baldigen persönlichen Stellungnahme sehe ich mit großem Interesse entgegen. Eine möglichst große Öffentlichkeit für diesen Brief werde ich herstellen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass ich mich in der Angelegenheit auch an die Bundeskanzlerin und den Bundesinnenminister wenden werde.

Mit freundlichem Gruß